

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Dresden, Donnerstag den 5. März 1908.

Nr. 54.

19. Jahrg.

Der Reichsfinanzjammer.

Im Finanzentwickel der vorliegenden Reichskassamitter machte von jenen Tagen der Finanzminister v. Hauff bewertendwerte Minnelungen über die schwedenden Pläne der Reichsfinanzreform. Man gewann sich ja nicht, diese Pläne legt vor den Reichstag zu bringen, weil der konserватiv-liberalen Block zu gebrechlich erscheint, um jenes Gold tragen zu können. Man gewann es sich nicht, obwohl die Kasse auf den Rücken kommt, obwohl das Defizit erstaunlich gering ist, obwohl im beladenen Reichsbeamten dringlich auf die Erfüllung der ersten Verordnungen warten, die man ihnen seit mehr als Jahrzehnt, ja der Zeit, da man ihre Wahlstimmen braucht, gewünscht hat. Die heutige herrliche nationale Kanzlei gestellt ihr Unstümmel, diese wichtige Reichsfrage liegt zu klären. Man verlässt die Ausgangsbasis immerfort, bis zum nächsten Herbst, bis zum nächsten Jahr. Bis dahin, so hofft man, wird man den Freiheitskredit im Stad genug für sie gemacht haben, daß er fälig geworden ist, eine „Reichsfinanzreform“ einzumachen, wie sie die Konservatischen und Nationalliberalen möchten. Herr v. Hauff hat nun gesagt, wohin dies die Reise gehen soll.

Ruf eine Anfrage des Reichsrates Graf Törcing, ob im Reichsbeamten bestrebt, die Ersparnisse und Gehaltssteuer heranzuziehen, führte der bayrische Finanzminister aus:

„Es geht hier den verbündeten Regierungen leidet. Vorlagen und Einladungen einer Delegierten- und Abgeordneten-Gesellschaften unterbreitet werden und in dieser Saison steht eine solche Vorlage auch nicht in Aussicht; aber auf weiter dünnes nicht ist in dieser Beziehung eine Auskunft nicht abzugeben. Das Reich braucht über 250 bis 283 Millionen neuer Steuern. Auch er glaubt, das man, um solche Summen aufzubringen, sich nicht an die oben schaut, sondern eben anderen können, sondern die breite Masse des Volkes durch Einführung indirekter Steuern heranziehen müsse, doch wäre es kaum möglich, die Verdienst dieses Bedarfs lediglich an indirekten Steuern beim Reichstag zu erreichen.“

Wenn der Reichstag weitere indirekte Steuern beschließt, so werde er sicherlich fordern, daß in irgend einer Form auch das Vermögen herangezogen werde. In diesem Falle werde dann wohl zur Einführung der Delegierten- und Abgeordneten-Gesellschaften gefordert werden müssen, was gegenwärtig die Einführung von direkten Reichstaxen immerhin noch getragen werden kann. So ist es, daß die Delegierten- und Abgeordneten-Gesellschaften eine Reihe von Rauten gegen eine solche einwiderende Wirkung einer solchen Erdbeobachtung gerichtet werden. Dazu würden insbesondere gehalten, die mögliche Schonung, eventuell die vollkommene Auflösung der kleinen Vermögen und eine nur mögliche Heranführung der mittleren Vermögen; die größeren Vermögen würden dann entsprechend höher heranzuziehen, doch wäre dabei unter allen Umständen ein Unterschied zu machen zwischen Immobilien- und Mobiliarvermögen. Dem Besitzer von Immobilienvermögen bleibe in der Tat, wenn er nicht neben dem Vermögenswert auch noch bemerkliches Vermögen habe, nichts anderes übrig, als Vermögen aufzunehmen, um den Steuerbeitrag für seinen untergelegten Betrieb entrichten zu können. . . . Dies kann jedoch nur eine temporäre Auslösung über diese Frage; in welcher Form doch Steuer, wenn überhaupt jemals, den verbündeten Regierungen vorgelegt würde, darüber willte er heute noch nicht.

„Sicher besteht ja auch noch im Reichstage, insbesondere in konservativen Kreisen, keine Geneigtheit, eine solche Steuer anzupicken.“

Da der Erörterung über diese Minnelungen des Finanzministers einige der holdmöglichen bayrischen Freiheit v. Soden sprach die zehnenden Hoffnungen auf.

Viel leichter wird man aber doch zur Dogung des Defizits mit anderen indirekten Steuern auskommen können. Um irgendein, als ob das Vier nicht ganz leer ausgehen werde. Der Tabak muß auf alle Fälle herangezogen werden, und zwar vielleicht in höherer Menge als bisher geplant sei. Das Brannweinmonopolprojekt sei sehr zu bewilligen.

Ein anderer der Herren Reichsrats plädierte, daß durch eine Ausbildung der Reichsberichtshäuser die Bildungsmittel einfaßt ruiniert werden und so fort. Alle die Wünsche und Klagen der bürgerlichen Häuser und Großfamilien sowie die Erklärungen des Herrn v. Hauff beweisen deutlich, was man vorhat. Es soll höchstens eine kleine Verstärkung der Reichsberichtshäuser unter allerlei Schutz- und Ratschlagsmaßnahmen für die Grundbesitzerschaft freigestellt werden. Man legt los, daß der Reichstag es vor der deutschen Wählerheit denn doch nicht richten könne, ohne jedes Schönheitspädagogischen die ganz Macht der neuen Steuern auf indirektem Wege aus den unbenannten Volksschichten zuholen. Auf der Hauptlinie soll auf jeden Fall der Konservatismus, das Herr v. Hauff auf weit über 30 Millionen beschränkt, das Herr v. Soden oder auch aus dem Vier gedeckt werden! Ganz kann man es sich noch nicht recht. Um nächsten Winter soll der politische Geldsack triumphe feiern!

Ein besonderes Kapitel des Reichsfinanzjammers bildet die Gehefterschaffung für die Reichs- und Staatsbeamten. In der Deputationskommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat der Finanzminister v. Hauff angefordert, daß die Beamtenvorlage bis zum Herbst, also in den neuen Banden, veröffentlicht werden müsse. Eine solche Vorlage fertigte, man könne aber die Beamtengebühren in Preußen nicht früher erhöhen, als bis das Reich auch seine Beamten höheren Salz haben. Die bürgerlichen Parteien im Reichstag einen

neuen Wettkampf um die Beamtenkunst begonnen. Es regnet konserватiv-nationalliberale, freilinnige Interpretationen. Die beiden Parteien, die im Finanzland die volle Schuld tragen, die durch ihren fabelhaften Bevollmächtigten für andere Zwecke nicht für die Beamten übrig liegen, die außerdem durch ihre Politik die Lebenslage der Beamten so schwer belastet haben, die sie selbst möchten nun den Anstrengungen, als leiden sie die besten Soldaten der Bevölkerung. Am Tag sind die Beamten in einer schwierigen Lage; sie haben infolge der Verordnungen, die ihnen freiwillig gemacht wurden, für den April d. J. bestimmt auf ihre Gehaltszählerung gerechnet, und vielfach ist es unter Vorannahme der erhöhten Einnahmen Verschwendungen auf sich genommen, die sie jetzt kaum erfüllen können. Die Beamten haben sich aber vorzüglich nur bei eben den Parteien zu bedienen, die sozeitig für sie eingerichtet haben. Etwas kann für die Beamten das Notwendige geschaffen werden, wenn nicht die verschiedenen Parteien im Bunde mit der Regierung die tiefe Bereitstellung der Reichsfinanzen herbeiführen hätten.

Die gängige Defizit- und Steuerjammer Klingt wie eine Gedichte aus der Türkei, es ist aber leider in Wirklichkeit eine Gedichte aus Preußen-Deutschland, das sich selber für ein Land der munterhaften Ordnung hält!

Schlimme Zustände in Kamerun.

Raubzüge auf Kautschuk. — Drohender Zusammenbruch. — Der Sklavenhandel blüht weiter. — Nationalliberaler „Arbeitszwang“.

Mit der Beratung des Gesetzes für Kamerun begann am Mittwoch die Budgetkommission des Reichstages. Der Reichsjammer ist auf 2780 139 M. festgesetzt, 124 215 M. weniger als im Vorjahr. Die Zustände in Kamerun sind in mancher Beziehung geradezu standhaft. Große Gewalte werden in brutalster Weise durch Händler ausgeraubt und devastiert. Es wird als wertvolles Produkt neben dem Eisenblei noch Kautschuk ausgeschöpft. Nach dem Gummi durchziehen große Karawanen besonders den südlichen Teil des Landes. Diese Banden, an der Spitze sehr zweifelhafte weiße Elemente oder Asiate, gehen ohne Ausrüstung mit Proviant ins Innere des Landes. Um Lebensmittel zu bekommen, rauben die Karawanen die Eingeborenen aus. Hingewiesen wurde in der Kommission auch darauf, daß außäufig viele militärische Expeditionen gegen Eingeborene unternommen werden, wobei täglich dorauflos geschossen wird. Es scheint so, als wenn solche kriegerische Expeditionen von manchen Offizieren als eine Art Sport betrieben werden. Solche Offiziere erhalten durchweg Ordensauszeichnungen.

Der Staatssekretär Vernburg konnte nicht im Abrede stellen, daß absolut unhaltbare Zustände in Kamerun bestehen. Die Industrie braucht Kautschuk. Südamerika sei in ähnlicher Weise ausgebaut worden, weil dort ein förmliches Kammischiefervorkommen bestand. Jetzt sei zwar der Preis für Gummi gestiegen, aber die Ausbeutung des Landes habe nur eine Verstärkung erfahren, denn es werde versucht durch Erlangung von mehr Kautschuk denselben Vorteil wie früher zu erhalten. Vertragen werden die Eingeborenen auch durch schlechte Tauschwaren. Ein Teil Südkameruns ist für Händler geöffnet worden. Eine Besserung der Verhältnisse soll erreicht werden durch Erlass einer Trägerordnung. Verboten sollte auch werden, daß die Karawanen mit Gewalt in den Häusern der Eingeborenen einzuarbeiten. Jetzt ziehen sich gegen 200 000 Menschen im Lande als Träger mit den Karawanen herum auf der Jagd nach Gummi, anstatt sich verminderter Arbeit beim Umbau des Landes zu widmen. Aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen sei der Bau von Eisenbahnen dringend erforderlich. Vernburg sieht die Lage in Kamerun offenbar für recht bedrohlich an. Er erklärt, man stehe vor einem großen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Eine Krise sei sicher. Die Gefahr von Aufständen werde dadurch größer. Aufstände seien immer eine Folge falscher Wohnnahmen und wirtschaftlicher Not der Eingeborenen. Wie in Ostafrika sei in Kamerun eine Politik des Eingeborenenjus us dringend notwendig.

Der nationalliberale Dr. Semler will in Kamerun von einer humanen Eingeborenenpolitik nichts wissen. Hamburger Händler haben sich bei ihm beklagt, daß sie in der Freiheit der Auszubildung der Neger gehindert werden. Es sei ungewöhnlich, daß ein Beamter einem Händler eine Verbrennung ausgetragen habe, wonach der selbe auf seinem Gebiete Karawanen nicht zu dulden brauche. Die Karawanen könnten nicht genug Lebensmittel mitnehmen, sondern seien auf Raubzügen angewiesen. Raubzüge werden in den Kolonien wie Kamerun immer getrieben. Auf die Eingeborenen müsse ein gewisser Zwang zur Arbeit ausgeübt werden. Wir erkennen keine Sklaverei an, aber sie besteht tatsächlich in Kamerun. Der Händler bekommt Geld oder Waren und verzögert dafür schlechtens über seine Stammburgabrigde. Werde ein Druck auf den Händler ausgeübt, würden die Neger zur Arbeit angehalten.

Der Staatssekretär kannte die Hamburger Klagen. Man habe ein Dorf gesucht, daß am Rande eines Urwaldes lag, der nur in drei Tagetellen zu durchqueren ist. Alle Karawanen, die dort durchzogen, provozierten sich dort mit Gewalt. Das dulde er nicht. Zwangsarbeit sei geschlechtlich. Als Steuererhebung bestehe sie bis zu einem gewissen Grade. Habe der Neger keinen Nutzen bei der Arbeit, hätte er sie nicht getan. Herr Liebert habe gemeint, in Ostafrika sei ein Aufstand durch die Eingeborenen veranlaßt worden; er wisse, daß der Versuch, die

Eingeborenen zur Zwangsarbeit zu pressen, die Empörung veranlaßte.

Abg. Pottmann wies unter anderem darauf hin, daß im Norden des Straßgebietes angeblich noch ein starker Sklavenhandel vorherrsche. Der Staatssekretär kannte die Nächsten der Mitterland nicht in Abrede stellen. Es befinden sich im nördlichen Hinterland große Sultanate, die zahlreich berittene Krieger stellen können. Dort hat Deutschland nur ganz geringen Einfluss und kann Zwangsmaßregeln nicht wagen, weil leicht ein Jahr gefährlicher Aufstand die Folge sein könnte. Der Hochmaidenismus macht sich dort gefährlich aggressiv bemerkbar.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung machte der Staatssekretär Angaben über den umfangreichen Waffenhandel in Kamerun. In 6 Jahren sind über 250 000 Gewehre verlaufen worden, zwar nur alte Borderländer, in den Händen der Neger im Urwald aber doch eine gefährliche Waffe. Jetzt ist der Handel mit Gewehren und Pulver verboten worden.

Die Debatte drehte sich in der Haupthalle um die Fragen des Arbeitszwanges, der Unterdrückung des Sklavenhandels und der Durchführung der geplanten Karawanenordnung. Angeregt wurde, den Karawanen Soldaten beizugeben, die jede Ausübung zu verhindern haben. Besonders nachdrücklich sprach sich gegen den Arbeitszwang Abgeordneter Ledebour aus. Der Versuch, durch eine Karawanenordnung die Eingeborenen vor Raubzügen zu schützen, sei zu billigen. Vernburg legte dar, wie er sich die Hebung des Vandes denkt. Er wies auf eine Reihe von Forderungen für kulturelle Zwecke hin. Die zeigt als Träger herumlaufenden Leute sollen nach und nach beim Bahnbau beschäftigt und dann in der Nähe der Bahn angesiedelt werden.

Zum Schlus der Sitzung unternahm Abg. Paasche einen Vorstoß gegen den Staatssekretär, dem er vorwarf, daß er durch teils ungünstige, teils übertriebene Behauptungen schädigend für die Kolonialpolitik wirkte. Ferner sprang Paasche seinem arg die Enge getriebenen Freunde Semler bei, indem er einen gewissen Arbeitszwang verteidigte. Vernburg antwortete, er wünsche sich möglichst offen aus. Man solle nur nicht jedes Wort in der Lestenheit gegen ihn ausschlachten, sonst werde man ihn zwingen, sich bei seinen Neuerungen größere Beschränkungen aufzuerlegen. Abg. Ledebour machte sich das Vergnügen, den Abg. Semler auf ganz grobe Widersprüche in seinen Ausführungen festzustellen. Tatsächlich habe Semler die treffendsten Argumente gegen den Arbeitszwang vorgebracht.

Politische Uebersicht.

Zum Umsfall bereit!

Der Blodfressian scheint also wirklich bereit, an der politischen Gleichberechtigung der deutschen Volks-Herrschäftsliste zu üben. Der Tag weist zu melden:

Das Zustandekommen eines Kompromisses in der Sprachenfrage gilt für die zweite Sitzung des Vereinsgesetzes als gesichert. Über den in erster Sitzung von der Reichstagskommission abgelehnten Sprachenvorgrachten des Vereinsgegesetzes wird ein Kompromiss angestrebt, das auf folgender Grundlage zustande kommen dürfte: Die Freilinige erklären sich damit einverstanden, daß die Regelung der Frage der Landesgesetzgebung übertragen wird, und begründen sich mit der reichsgeleyigen Festlegung einiger Punkte, an welche die Eingeborenen gebunden sein sollen, um die Befreiung der Wahlversammlungen vom Sprachzwang und dergleichen. Ohne dieses Zugeständnis der Liberalen würde es den Landesgesetz an der Zuständigkeit für diese Frage fehlen.“

Die Freilinige Zeitung sagt kein Wort zu dieser Mitteilung und ihr Schweigen bedeutet die Bestätigung. Danach wäre der Freilinie wirklich bereit, das Vereins- und Versammlungsrecht der polnischen Bevölkerung dem preußischen Dreißigjährigen zu übertragen, demselben Hause, dessen Erstengrundlage, das klassenwahlrecht, der Freilinie zu bekämpfen vorgibt. Der Freilinie ist zu feige, die Herrschaft selbst zu vertreten, er übergibt das Recht von Millionen Deutscher an den brutalen Heuler des preußischen Klassenstandes.

Zu dieser Schwäche will sich der Freilinie entschließen, um ein Umsfall zu bringen, gegen dessen lästige Zwangsbestimmungen sich der freie deutsche Süden verzweigt mehr als Ein Gesetz, gegen welches er wieder der loburg-gothatische Landtag einstimmt beschlossen hat:

Den Bundesbevölkerung zu bestrafen, im Bundesrat mit aller Energie dahin zu werten, daß die in den Herzogtümern Sachsen-Weimar und Gotha durch die Verfassung gewährleistete Vereins- und Versammlungsfreiheit durch das im Reichstage zur Beratung stehende Vereinsgesetz nicht beeinträchtigt werde, zum mindesten aber dafür einzutreten, daß durch einen Zusatz zum Vereinsgesetz der gegenwärtig in den Herzogtümern verfassungsmäßige Zustand bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechts erhalten bleibt.“

Die freieren Bundesstaaten protestieren. Die Massen der Bevölkerung in Preußen und Sachsen, der das neue Gesetz die Erleichterung von einfachen kleineren Schülern verleiht, weiß mit Entzürkung den Gedanken zurück, sich ein bürgerliches Freiheit durch ein dreifaches Maß von Knechtshaft zu erkaufen, das über andere verhängt werden soll. Tropfem befreit der Blodfressian auf dem